Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich außer Sonn- und Festtags.
Der Bezugspreis beträgt frei Haus 1.90 RM im Monat, durch die Post 2.19 RM
Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche.
Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke usw. übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Stadträte in Aue, Grünhain, Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Amtsgerichte in Aue, Schneeberg, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt und des Stadtrates zu Schwarzenberg.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.
Hauptgeschäftsstelle: Aue, Fernruf Sammel-Nr. 2541. Drahtanschrift: Volksfreund Auesachsen.
Geschäftsstellen: Lößnitz (Amt Aue) 2940, Schneeberg 310 und Schwarzenberg 3124.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen.
Der Preis für die 22 mm breite Millimeterzeile ist 4 ₰, für den 90 mm breiten Text-Millimeter 20 ₰, amtlich 12 ₰. Allgemeine Bedingungen laut Tarif & Nachlaßstaffel B
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 22.

Nr. 198. Sonnabend, den 25. August 1934. Jahrg. 87.

Der Krieg — die höchste Instanz.

Eine Manöverrede Mussolinis.

Italien als kriegerische Nation.

Paris, 25. Aug. Wie der „Matin" aus Bologna berichtet, hat Mussolini zum Abschluß der italienischen Manöver vor den Offizieren und den Militärattachés der vertretenen Mächte von der Plattform eines Tanks aus eine Ansprache gehalten, in der er ausführte:

Niemand in Europa wünscht den Krieg, aber der Gedanke an den Krieg liegt in der Luft. Der Krieg kann von einem Augenblick zum anderen ausbrechen. Ende Juli war eine Lage eingetreten, ähnlich der von 1914. Wenn wir keine Divisionen an die Grenze geschickt hätten, wären Verwicklungen erfolgt, die nur durch die Stimme der Geschichte hätten gelöst werden können. Man muß für den Krieg nicht etwa morgen, sondern schon heute bereit sein. Wir müssen eine militärische und sogar militaristische, ja ich kann hinzufügen, kriegerische Nation werden. Das politische, wirtschaftliche und geistige Leben der Nation muß sich auf diesen militärischen Notwendigkeiten aufbauen. Mussolini bezeichnete alsdann den Krieg als die höchste gerichtliche Instanz zwischen den Völkern und sagte: Da gewisse Nationen aufsteigen und andere hinabzusteigen begriffen sind, bleibt die Tatsache bestehen, daß trotz alles guten Willens, trotz aller Konferenzen und Protokolle der Krieg im Laufe der Jahrhunderte mit dem Schicksal der Nationen verbunden sein wird. Das gesamte Volk

Zum Abschluß wandte sich Mussolini in französischer Sprache an die ausländischen Offiziere mit folgender Erklärung: Sie haben einige Tage unter unseren Truppen zugebracht. Ich hoffe, daß Sie einen guten Eindruck mitnehmen und daß Sie nach Rückkehr in Ihr Land sich mit Freude der Tage, die Sie bei uns verbracht haben, erinnern werden.

* * *

Aufsehen in London-Paris.

London, 25. Aug. Die englische Presse berichtet in großer Aufmachung die Erklärungen Mussolinis. „Daily Telegraph" überschreibt seine Meldung: „Kriegswarnung Mussolinis". Die liberale „News Chronicle" sagt: „Der Duce bereitet sich auf den Krieg vor". Aehnlich lauten die Schlagzeilen anderer Blätter.

Paris, 25. Aug. Auch hier findet die Ansprache Mussolinis großen Widerhall. Vor allem wird der Satz beachtet, daß der Krieg von einem Tag zum anderen ausbrechen könne. „Le Jour" benutzt die Gelegenheit zu einem Aufruf an Frankreich und Italien, sich zu verständigen.

Notenwechsel im Fernen Osten.

Tokio, 24. Aug. Die Spannung zwischen dem Rätebund und Japan, die in den letzten Wochen durch die zahlreichen Zwischenfälle an der Ostchinabahn und andere Zusammenstöße an der mandschurischen Grenze entstand, ist jetzt durch eine Protestnote der Sowjets an Japan noch erheblich verstärkt worden. Es ist dies der erste Fall, daß sich der Rätebund mit einem Protest direkt an das Auswärtige Amt in Tokio wendet.

Die Note behandelt zunächst die Verhaftungen an der östlichen Strecke der Ostchinabahn. Die Sowjetregierung betrachte, so heißt es u. a., diese Maßnahmen, die die mandschurisch-japanisch-russischen Besprechungen über den Verkauf der Bahn von mandschurisch-japanischer Seite sabotierten, als eine Störung der Arbeit der Bahn und als eine grobe Verletzung der Vertragsrechte der Sowjetunion an der Ostchinabahn. Das japanische Kriegsministerium habe in einem offiziellen Kommuniquee vom 17. August behauptet, daß die Befehle zur Organisation der Bahnkatastrophen und Bahnüberfälle von dem Stab der Fernöstlichen Armee ausgingen. Vermittelt würden diese Befehle angeblich durch irgendeine Stelle der Organisation der russischen Bahnbeamten, die aber, wie in der Note betont wird, überhaupt nicht existiere. Die japanische Regierung werde zugeben, daß die letzten Ausschreitungen auf der Ostchinabahn von den aggressiven Bestrebungen bestimmter japanischer Kreise zeugen.

Dieser sowjetrussische Protest ist vom japanischen Außenministerium wenige Stunden später eindeutig und scharf beantwortet worden. Japan lehnt jede Verantwortung für die Verhaftungen ab, da diese Maßnahmen ausschließlich die Justizbehörden von Mandschukuo angingen.

Die japanische Presse ist über den Ton der sowjetrussischen Note sehr erregt und erklärt, der Inhalt dieser Note sei ein Beweis für die Versuche, die Verantwortung für die letzten Ereignisse an der chinesischen Ostbahn auf mandschurische und japanische amtliche Stellen abzuwälzen.

Durch die in ungewöhnlich scharfem Tone gehaltene russische Note ist die Kriegsgefahr im Fernen Osten ganz bedrohlich gewachsen.

*

Japanische Truppenbewegungen.

Mukden, 25. Aug. Der Oberkommandierende der Kwantung-Armee hat mit dem mandschurischen Kriegsminister Tschanzinkui Fühlung genommen. Die gestern gemeldete Entsendung japanischer Luftstreitkräfte nach Dairen wurde von der mandschurischen Regierung genehmigt. Ein Teil dieser Kräfte wird an der Strecke Mukden—Tschangtschung lagern. Auch die mandschurische Regierung hat Truppenverstärkungen an der chinesischen Ostbahn angeordnet.

*

Paris, 25. Aug. Die französische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem ostasiatischen Konflikt. Die Blätter betrachten Japan als den allein Schuldigen. Doch nimmt man immer noch an, daß es bei einem Notenkrieg bleiben werde.

Tokio, 24. Aug. Marschall Tschiangkaischek, der Oberkommandierende der chinesischen Streitkräfte, ist erkrankt.

Amerika bindet sich nicht.

Krise in den amerikanisch-sowjetrussischen Schuldenverhandlungen.

Washington, 24. Aug. Der scharfe Ton der amerikanischen amtlichen Mitteilung über die Verhandlungen mit Sowjetrußland in der Schuldenfrage hat sehr überrascht. Er zeigt, daß die Beziehungen zwischen den Regierungen durchaus nicht so herzlich sind, wie zeitweise angenommen wurde. Die amerikanische Regierung hat sich im Laufe der letzten Monate immer mehr auf einen Standpunkt kühlen Abwartens und mißtrauischer Vorsicht zurückgezogen. Die Wiederaufnahme der Beziehungen Amerikas zu Sowjetrußland sei einer der vielen Versuche Roosevelts gewesen, den Außenhandel anzukurbeln. Roosevelt sei aber nicht geneigt, diese Ankurbelung mit einer Blankounterschrift unter russische Vorschläge zu erkaufen, in denen sich die Sowjetregierung in ihren Folgen unübersehbare Kreditvergünstigungen habe ausbedingen wollen.

Die englisch-japanischen Verhandlungen.

Nervosität in Moskau.

Reval, 25. Aug. Die Sowjetpresse bringt Schanghaier Nachrichten als Bestätigung der Gerüchte über die englisch-japanischen Verhandlungen. Die sowjetrussische Presse verheimlicht ihre Nervosität nicht und betont, daß eine weitere Annäherung Englands und Japans im Fernen Osten Rückwirkungen auf die internationale Lage hervorrufen würde. Die Uebereinstimmung in fernöstlichen Fragen beweise, daß die englische Politik ihre feindliche Spitze gegen Rußland trotz ihrer offiziell freundlichen Stellungnahme zum Ostpakt nicht aufgegeben habe.

Die österreichischen Monarchisten in eifriger Tätigkeit

Otto macht sich beliebt.

Der Familienrat in Mariazell.

Wien, 24. Aug. Die in der Mariazeller Villa des Prinzen Hohenlohe stattfindende Zusammenkunft der Familien Habsburg und Bourbon, von der der „C. V." gestern berichtete, erregt in Wiener diplomatischen Kreisen das größte Aufsehen.

Da Erzherzog Friedrich der Chef der in Ungarn residierenden Linie des Erzhauses und Erzherzog Eugen der älteste der in Oesterreich lebenden Habsburger ist und schließlich der König von Spanien auch heute noch über beste internationale Beziehungen verfügt, wird dem Familienrat erhöhte Bedeutung beigelegt. Auch wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß Bundeskanzler Dr. Schuschnigg der Kaiserin Zita auf ihrem in der Nähe von Viareggio gelegenen Schloß einen Besuch abstattete. Die Reise des Thronprätendenten Erzherzog Otto an die skandinavischen Höfe und die ihm in Schweden gegen alle Gewohnheit von König Gustav gewährte lange Audienz wird ebenfalls im Sinne einer verstärkten legitimistischen Aktivität gedeutet.

*

Die Verfechter der Restauration der Habsburger sind jedenfalls von einer regen Geschäftigkeit. Ueber die Methoden der Habsburger Propaganda verbreitet sich ein Artikel der Prager „Bohemia", die darauf hinweist, daß der junge Thronprätendent bereits in die Wahl seines Inkognitos als „Herr v. Bar" bewußte Tendenz gelegt habe, weil dieser Name auch das Inkognito des Kaisers Franz Josef gewesen ist. Sie teilt weiter mit, daß dieser Herr v. Bar mit einem regulären österreichischen Paß des Wiener Auswärtigen Amtes herumreist, der schon aus dem Januar vergangenen Jahres stammt.

Der Sohn der Kaiserin Zita betätigt sich bereits landesväterlich. Die „Bohemia" errinnert daran, daß seit langer Zeit eine Sammlung von Ehrenbürgerbriefen österreichischer Gemeinden für Otto v. Habsburg im Schwange ist. Die Antworten auf diese Ernennungen in Gestalt „kaiserlicher Handschreiben", mit „Im Exil" datiert, sind politisch recht interessant.

Die „Bohemia" gibt folgende Proben: „Ich antworte auf die Treue von Oesterreichs Landbevölkerung: Dem Bauernstand als einer der stärksten Stützen des Staates muß geholfen werden. Wie Sie, empfinde ich die Gefahr der Ihnen drohenden Entwurzelung zutiefst, und es ist meine Sorge, dem Bauer seine Scholle zu erhalten, um ihn vor der Gefahr der wirtschaftlichen Verelendung zu schützen. Ich will — wenn ich mit Gottes gnädiger Hilfe die Führung Oesterreichs übernommen habe — alles daran setzen, seine wirtschaftliche Lage zu bessern, nicht zuletzt auch durch Erleichterung der unerträglichen Lasten, die den Stand der Landwirte aufs schwerste bedrücken."

In einem anderen Briefe heißt es: „Gebe Gott, daß es mir vergönnt ist, wieder in die Heimat zurückzukehren, denn in Tagen der Gefahr sind Oesterreichs Führer und sein Volk immer Seite an Seite gestanden, und Tage der Gefahr sind wirklich über Oesterreich hereingebrochen. Ich bin der Erbe der Kaiser der Vergangenheit. Diese Erbschaft heißt mich: Oesterreich neu aufzubauen und sein Volk dem künftigen Glück entgegenzuführen!"

Bedenken in Frankreich.

Paris, 24. Aug. „Echo de Paris" schreibt zu der Zurückerstattung des beschlagnahmten kaiserlichen Besitzes, Schuschnigg leugne nicht die monarchistischen Gefühle, die er mit Fürst Starhemberg teile. Die Rückerstattung des habsburgischen Besitzes sollte besser später und durch einen anderen erfolgen, denn wenn Schuschnigg sie vornimmt, darf man mit Recht fragen, ob sie nicht die politische Entscheidung vorbereitet, von der man so viel spricht. Wenn Mussolini sich in Florenz zum Nachgeben hat bewegen lassen, wird er als erster die Folgen zu tragen haben.

Die Habsburger haben immer nur regieren können, indem sie sich gegen die Slawen auf die den Kern der Doppelmonarchie bildenden Deutschen und Ungarn stützten. Heute würde dasselbe der Fall sein, sie würden wie einst dahin kommen, die Unterstützung Berlins zu suchen. Wo wäre der Nutzen Mussolinis? Ueberdies stößt der Plan auf den Widerstand der Kleinen Entente, die sogar den Anschluß einer solchen Lösung vorzieht. Die Tschechoslowakei hat wiederholt erklärt, daß die Wiederherstellung der Monarchie ein Kriegsgrund wäre.

Will man den Krieg? So bleibt um die Florenzer Besprechungen ein Moment der Beunruhigung bestehen. Was die italienische Politik anlangt, so ist sie, selbst wenn sie sich gegen den Pangermanismus zur Wehr setzt, nicht so geschaffen, daß man ihr die völlige Handlungsfreiheit lassen könnte, die sie seit einem Jahre genossen und etwas mißbraucht hat.

*

Barthou reist nach Rom.

Paris, 24. Aug. Der französische Botschafter in Rom, de Chambrun, ist von seinem Urlaub auf seinen Posten zurückgekehrt. Der „Matin" nimmt an, daß nunmehr die italienisch-französischen Verhandlungen zur Vorbereitung der Reise Barthous nach Rom beginnen werden, die für Ende Oktober vorgesehen sei.

Wien, 24. Aug. Wie die „Neue Freie Presse" meldet, wurde den Signatarmächten des Vertrages von St. Germain ein Plan zur Bildung einer **ständigen staatlichen Sicherheitstruppe** aus dem Schutzkorps unterbreitet. Daneben würde das freiwillige Schutzkorps weiter bestehen bleiben, aus dem im Bedarfsfalle Hilfstruppen geschöpft werden können.

Wien, 25. Aug. Der Bürgermeister hat verfügt, daß der Freiheitsplatz, auf dem die Votiv-Kirche steht, in Dr. Dollfuß-Platz umgenannt wird. Der Kriemhild-Platz auf dem die Gedächtniskirche gebaut wird, in der die Bundeskanzler Dr. Seipel und Dr. Dollfuß ihre letzte Ruhestätte finden werden, soll in „Kanzlerplatz" umbenannt werden.

Immer noch Emigrantenlügen.

Berlin, 24. Aug. Die Ausgabe der Londoner „Times" vom 23. August ist beschlagnahmt worden, weil sie in einem Bericht „eines Korrespondenten in Deutschland" über die Konzentrationslager in Deutschland eine Reihe von alten, offenbar aus der Emigrantenpresse geschöpften Greuelmärchen aufwärmt.

Amtliche Bekanntmachungen befinden sich im 1. Beiblatt.